

beugung und Verbesserung der Ausländerbetreuung wurden eingeleitet.

Wegen Androhung bzw. Vortäuschung von Gewaltakten, wie Sprengungen (12), Brandlegungen (2), Trinkwasservergiftung (1) und Ermordung (1), die sich gegen staatliche und öffentliche Einrichtungen, insbesondere der SED und Volkspolizei, in einem Fall der Botschaft der Sowjetunion und der Ständigen Vertretung der BRD, verkehrstechnische und wirtschaftliche Anlagen und Funktionäre der Partei- und Staatsführung richten, wurden im Berichtszeitraum 15 Personen inhaftiert.

Die Täter (einer nahm die Eröffnung des Manövers "Waffenbrüderschaft 80" in Potsdam zum Anlaß) begingen ihre Handlungen, indem sie öffentliche und private Telefonanschlüsse (7) sowie den Notruf 110 (4) mißbrauchten bzw. anonyme Briefe (4) versandten.

Die Täterbeabsichtigten mit ihren Handlungen, Unruhe zu stiften sowie persönliche Verärgerung, zumeist über sie betreffende staatliche Entscheidungen, abzureagieren.

Zur Gewährung von Ordnung und Sicherheit mußten zusätzliche Sicherungsmaßnahmen durch die Sicherheitsorgane eingeleitet werden und kam es in einem Fall zu Störungen im Zugverkehr der Deutschen Reichsbahn.